

Inhalt

- Seite 1 - Willkür oder doch nicht?
- Seite 1+2 - Intolerantes Brandenburg
- Seite 2 - Mehrwertsteuer senken
- Seite 2 - Ausländerkriminalität
- Seite 3 - Neuer Parteichef zu Besuch
- Seite 3 - Stasi-Beauftragter
- Seite 3 - Datenschutz
- Seite 4 - 20 Jahre friedliche Revolution
- Seite 4 - Informationsabschnitt

Aufgespießt

Der Parlamentarische Beratungsdienst des Landtages Brandenburg prüfte für die DVU-Fraktion Fragen im Zusammenhang mit dem Ausschluss unseres Kollegen Markus Nonninger aus der Landtagssitzung vom 19. September 2008.

Der Beratungsdienst kommt zu dem Schluss:

„Es wäre daher im Regelfall als willkürlich zu beurteilen, würde der Landtagspräsident einen Abgeordneten wegen eines einzigen Vorkommnisses mit mehreren Ordnungsmaßnahmen belegen.“

Wir erinnern uns:

Markus Nonninger hatte wegen eines angeblichen Goebbels-Vergleichs einen Ordnungsruf erhalten und war zusätzlich aus der Sitzung ausgeschlossen worden.

Aber, keine Sorge, das war natürlich keine Willkür, nein, zu so etwas wären die Gutmenschen von der SED-PDS-Linkspartei-DIE LINKE nie fähig ... oder eher nicht mehr fähig, denn bis vor 20 Jahren war Willkür noch Standard in dieser Partei.

Außerdem hatte Markus Nonninger seinen Vorwurf auf Nachfrage wiederholt - und damit waren es dann plötzlich zwei Vorkommnisse.

Tja, SIE wissen genau, wie es geht.

Landtag online

<http://www.rbb-online.de/imparlament>
 Unter obiger Adresse kann man Videoschnittstücke sämtlicher Redebeiträge der Plenarsitzungen des Landtages Brandenburg ab Januar 2008 abrufen. Die neuen Beiträge werden jeweils ein bis zwei Tage nach der Plenarsitzung eingestellt.

Intolerantes Brandenburg

Warum die DVU-Fraktion für den 21. Januar 2009 keinen Verfassungsrichter vorgeschlagen hat

Wieso die DVU-Fraktion die anderen Kandidaten abgelehnt hat

Der Landtag Brandenburg stimmte am 21. Januar über die Nachwahl von neun Richtern – sieben „einfache“ Richter sowie Präsident und Vizepräsident - zum Landesverfassungsgericht ab, ohne dass ein von der Fraktion der DEUTSCHEN VOLKSUNION (DVU) vorgeschlagener Kandidat zur Wahl stand.

schlagen hatten, orientierte sich die DVU dabei am Verfassungsauftrag, auch juristische Laien in dieses höchste Brandenburger Gericht zu entsenden.

Der von der DVU-Fraktion vorgeschlagene Kandidat ist weder Anhänger der DVU noch Mitglied dieser oder einer anderen Partei.

Gerade seine politische Unabhängigkeit, seine berufliche Qualifikation und sein hohes Engagement im sozialen Bereich machte ihn zu einem idealen Kandidaten für dieses wichtige Ehrenamt. Der Kandidat ist bzw. war in einer privaten sozialen Einrichtung beschäftigt, die im Auftrag der öffentlichen Hand tätig ist.

Am 10. Dezember fand im Hauptausschuss des Landtages Brandenburg in einer nicht-öffentlichen* Sitzung eine Anhörung der neun Richter Kandidaten statt, bei der auch der von unserer DVU-Fraktion vorgeschlagene Kandidat den Abgeordneten Rede und Antwort stand.

Noch am gleichen Tag wussten die für den Arbeitsplatz des Kandidaten zuständige Stadtverwaltung und die ebenfalls beteiligte Kreisverwaltung von seiner Kandidatur.

Anscheinend übten diese Stellen, vertreten durch einen SPD-Landrat und einen LINKEN-Bürgermeister, Druck auf den Arbeitgeber des Kandidaten aus, der von ihren Aufträgen abhängig ist.

Daraufhin wurde unserem Kandidaten eine Nicht-Verlängerung seines Arbeitsvertrages angedroht. Als er dennoch auf seiner Kandidatur beharrte, wurde er zwangsweise von seiner Tätigkeit beurlaubt und sein zum 1. Januar auslaufender



Liane Hesselbarth Mdl
 DVU-Fraktionsvorsitzende

Es gab auch keine Abstimmung über einen einstimmigen Vorschlag des Hauptausschusses, sondern es wurde jeweils einzeln über die von den Fraktionen vorgeschlagenen Kandidaten abgestimmt.

Wie war es dazu gekommen?

Am 5. Dezember hatte die Brandenburger DVU-Landtagsfraktion dem Hauptausschuss einen Kandidaten für die Nachwahl von sieben Richtern zum Landesverfassungsgericht vorgeschlagen. Im Gegensatz zu den drei anderen Fraktionen, die ausschließlich Berufsjuristen vorge-

Intolerantes Brandenburg

(Fortsetzung von Seite 1)

Vertrag nicht verlängert. Zusätzlich wurde auch seine Ehefrau, die beim gleichen Arbeitgeber beschäftigt ist, von diesem „angesprochen“.

Nach Rücksprache mit unserer Fraktion zog der Kandidat seine Kandidatur mit Brief vom 29. Dezember 2008 an den Hauptausschuss des Landtages zurück. Unsere Fraktion wollte keinen weiteren Brandenburger solchen ungerechtfertigten beruflichen Repressionen aussetzen und verzichtete daher auf die Nominierung eines weiteren Kandidaten für die Wahl zum Landesverfassungsgericht.

Als Reaktion auf diese Machenschaften von Mitgliedern der beiden auch im Landtag vertretenen linken Parteien lehnte der DVU-Vertreter im Hauptausschuss, der Abgeordnete Sigmar-Peter Schuldt, in der Hauptausschusssitzung am 7. Januar die von den anderen drei Fraktionen vorgeschlagenen Kandidaten ab.

Damit war ein einstimmiger Vorschlag des Hauptausschusses nicht mehr möglich, der zu einer En-Bloc-Abstimmung über alle Kandidaten geführt hätte. Stattdessen musste am 21. Januar über jeden einzelnen Kandidaten abgestimmt werden, der von den Fraktionen vorgeschlagen wurde.

Dabei musste jeder Kandidat eine Zwei-Drittel-Mehrheit der Abgeordneten bekommen. In dieser geheimen Wahl hatten jetzt alle Abgeordneten die Möglichkeit, nach ihrem Gewissen zu entscheiden, was dazu führte, dass mehrere der Kandidaten mehr Nein-Stimmen erhielten, als der DVU-Fraktion zur Verfügung stehen.

Unsere Fraktionsvorsitzende Liane Hesselbarth machte die Vorgänge um die Kandidatur am 21. Januar in der Aktuellen Stunde zum „Toleranten Brandenburg“ zum Thema.

Denn wie soll Toleranz funktionieren, wenn ein unbescholtener Bürger als Bewerber für ein Ehrenamt derart unter Druck geraten kann? Die Brandenburger DVU-Fraktion wird sich weiterhin und nach dieser üblen Erfahrung verstärkt für die

Durchsetzung von Toleranz und Demokratie in Brandenburg einzusetzen.

**Die Inhalte nicht-öffentlicher Ausschusssitzungen unterliegen einer gewissen Vertraulichkeit bzw. sollten dieser unterliegen. In jedem Fall ist es unzulässig, personenbezogene Informationen aus einer solchen nicht-öffentlichen Sitzung außerhalb des Ausschusses zu verbreiten. Die Mitglieder des Hauptausschusses, unter denen sich vermutlich die Verantwortlichen für diese illegale Verbreitung personenbezogener Daten befinden, finden sie auf der Website des Landtages.*



Sigmar-Peter Schuldt MdB
Parlamentarischer Geschäftsführer

Bundesregierung geht auf

DVU-Forderung ein

Während der Landtagssitzung im Dezember 2008 forderte die DVU-Fraktion im Landtag Brandenburg, als Mittel zur Konjunkturbelebung die Mehrwertsteuer von derzeit 19% auf 14 % zu ermäßigen.

Die Koalitionsfraktionen von SPD und CDU ebenso wie die SED-Nachfolger lehnten diese Forderung vehement ab.

Mittlerweile ist die Bundesregierung – die sich vor kurzem noch dagegen sträubte – angesichts des Druckes aus unseren EU-Nachbarländern bereit, eine Reduzierung der Mehrwertsteuersätze in der EU nicht länger zu verhindern.

Doch auch im Inland wird die Bundesregierung den Forderungen des Hotel- und Gaststättenverbandes, des Zentralverbandes des Deutschen Handwerks und anderer Mittelstandsverbände wohl in absehbarer Zukunft nachgeben und in vielen Wirtschaftsbereichen ermäßigte Mehrwertsteuersätze zulassen.

Damit wäre dann die DVU-Forderung zumindest teilweise erfüllt – und die Brandenburger Regierungskoalition mit ihrem linksextremen Anhängels hätte sich wieder einmal fürchterlich blamiert.

Straftaten von Ausländern und Personen mit Migrationshintergrund in Brandenburg

Obengenannte Straftaten sollen statistisch offengelegt werden. Damit sollen (möglicherweise) falsche Ressentiments gegenüber Ausländern abgebaut werden, aber es soll auch ermöglicht werden, ggf. effektivere Maßnahmen zu ergreifen.

Die Fraktion hatte dieses Thema erneut auf die Tagesordnung gebracht, nachdem diese alte DVU-Forderung von CDU/CSU-Kreisen auf Bundes- und auch Landese-

bene aufgegriffen worden war. Daher hätte man also Unterstützung aus dieser Richtung erwarten können.

Doch stattdessen unterstellte ausgerechnete der CDU-Parlamentarier Petke dieser Forderung, die er vor wenigen Wochen noch selber erhoben hatte, einen ausländerfeindlichen Beigeschmack.

So ist die CDU leider schon lange: Große Klappe, aber im Ernstfall wird der Schwanz eingezogen.

Impressum

„National-Freiheitliche **Fraktions-Nachrichten** aus dem Landtag Brandenburg“ (begründet als „Fraktions-Nachrichten aus dem Landtag Brandenburg“) wird seit 2001 als Informationsschrift für die Bürger Branden-

burgs von der Fraktion der DEUTSCHEN VOLKSUNION (DVU) im Landtag Brandenburg herausgegeben.

Verantwortlich im Sinne des Presserechts ist Liane Hesselbarth MdB bzw. der namentlich zeich-

nende Autor für seinen jeweiligen Beitrag.

Erscheinungsweise: nach Bedarf

Anschrift: Am Havelblick 8, 14473 Potsdam,

Tel.: 0331 966 16 01, Fax.: 0331 966 16 02,

Info@dvu-fraktion-brandenburg.de

Neuer Parteivorsitzender besuchte Fraktion

Am Dienstag, den 20. Januar 2009, machte der am 10. Januar neugewählte Parteivorsitzende der DEUTSCHEN VOLKS-UNION der Brandenburger DVU-Landtagsfraktion seinen „Antrittsbesuch“.

In mehrstündigen Gesprächen mit der Fraktion sowie einzelnen Abgeordneten und Fraktionsmitarbeitern erörterte Faust die künftige Zusammenarbeit zwischen dem Parteivorstand und der Fraktion.



Matthias Faust
DVU-Bundesvorsitzender

Brandenburgs Datenschutz in kompetenten Händen zusammenführen

Datenschutzbeauftragte soll nicht-öffentlichen Datenschutz vom Innenministerium übernehmen

Die Fraktion der Deutschen Volksunion (DVU) im Landtag Brandenburg will die Aufsicht über den öffentlichen und den nicht-öffentlichen Datenschutz bei der "Landesbeauftragten für den Datenschutz und für das Recht auf Akteneinsicht" zusammenführen.

Mit dem DVU-Antrag 4/7010 soll erreicht werden, dass das Innenministerium die Aufsicht über den nicht-öffentlichen Datenschutz an die Datenschutzbeauftragte abgibt. Entsprechend einer Vorgabe der EU würde damit in Brandenburg die Aufsicht über den gesamten Datenschutz bei einer institutionell und materiell unabhängigen und kompetenten Stelle zusammengefasst.

Der innenpolitische Sprecher der DVU-Fraktion, der Abgeordnete Michael Claus, äußerte sich in der Fraktionssitzung am 9. Dezember auf dem Potsdamer Brauhausberg zu dem Antrag:

„Aus den Anhörungen, Berichten und Diskussionen der letzten Zeit zu diesem Thema wurde überdeutlich, dass die Aufsicht über den nicht-öffentlichen, also vor allem privatwirtschaftlichen, Datenschutz im Innenministerium fehl am Platze ist.

Die Datenschutzbeauftragte und ihre Mitarbeiter verfügen über die nötige Kompetenz und Unabhängigkeit, die für diese schwierige und umfangreiche Aufgabe nötig ist, wie sie bereits bei ihrer Arbeit mit dem öffentlichen Datenschutz gezeigt haben.“

Dazu kommt, dass die Brandenburger sich bei allen Datenschutzbelangen ohnehin

an die Datenschutzbeauftragte wenden und nicht zwischen öffentlichem und nicht-öffentlichem Datenschutz unterscheiden. Eine Zusammenlegung würde hier zu mehr Klarheit führen und Reibungsverluste vermeiden.



Michael Claus Mdl

Die parlamentarische Aussprache zu diesem Thema gestaltete sich sehr kurz, da sowohl die Landesregierung als auch die anderen drei Fraktionen Redeverzicht erklärt hatten - was hätten sie denn auch sagen sollen, ohne sich zu blamieren?

PS: Dieser Antrag stand ursprünglich im Dezember auf der Tagesordnung. Aufgrund einer Bombenentschärfung in Landtagsnähe wurde die Tagesordnung jedoch verkürzt und der Antrag auf Januar verschoben.

Bekommt Brandenburg endlich einen Stasi-Beauftragten?

**Platzek lässt Umsetzung einer DVU-Forderung prüfen
Wendehals-CDU plötzlich auch dafür**

Anfang Januar verkündete die Potsdamer Staatskanzlei, Ministerpräsident Platzek habe "die Weichen für eine mögliche Errichtung einer zentralen Anlaufstelle für Stasi-Opfer in Brandenburg gestellt".

Damit wird erneut eine Forderung der DVU erfüllt.

Bereits im Juli 2001 (*Landtagsdrucksache 3/2987*) und erneut im November 2007 (*Landtagsdrucksache 4/5297*) forderten wir die Schaffung des Amtes eines Landesbeauftragten für die Hinterlassenschaft des Ministeriums für Staatssicherheit der ehemaligen DDR.

2007 begründete Dr. Niekisch (CDU) im Namen der Koalitionsfraktionen die Ablehnung wie folgt:

„Meine Damen und Herren, es ist nur noch ein lauwarmes Eisen. Es gibt Institutionen, es gibt Verfahren und kompetente Leute, die sich darum kümmern. Deswegen kommt dieser Antrag etwa zehn Jahre zu spät.“

Heute hingegen heißt es in der Presse, (ausgerechnet) die CDU mahne in dieser Angelegenheit zur Eile und es sei spät, wenn auch nicht zu spät, den Stasi-Opfern auf diese Weise zur Seite zu stehen.

Ist das jetzt späte Einsicht oder der typische Wankelmut dieser anderen Unionsfraktion im Landtag Brandenburg?

Brandenburg ist übrigens das einzige betroffene Bundesland ohne einen Stasi-Beauftragten.

Es war die Regierung des Stasi-Orden-Trägers, SPD-Säulenheiligen und Ex-Ministerpräsidenten Manfred Stolpe, die dies in den 90er Jahren verhindert hatte.

Um so mehr freut es uns jetzt, wenn sein Nachfolger Matthias Platzek endlich den Fehler seines Vorgängers und die Richtigkeit unserer Forderung erkannt hat und einen Stasi-Landesbeauftragten in Aussicht gestellt hat.

Bleibt nur zu hoffen, dass den Worten auch wirklich die Tat folgt.

Themenjahr 2009 - 20 Jahre friedliche Revolution

Mit einem gemeinsamen Antrag zur Landtagssitzung am 22. Januar 2009 stellten SPD und CDU das in der Überschrift genannte Thema auf die Tagesordnung.

Für die DVU-Fraktion sprach der stellvertretende Fraktionsvorsitzende Norbert Schulze.

Lesen Sie den Extrakt seiner Rede:

Besonders wichtig erscheint uns die Aufforderung an die Landesregierung, „die Informations- und Bildungsangebote zu entwickeln bzw. zu fördern, die den Dialog zwischen der Erlebnisgeneration der DDR und den heutigen Schülern und Jugendlichen sowie die Vermittlung von Kenntnissen über die Geschichte der DDR in den Mittelpunkt stellen.“

So gut, so schön! Aber, liebe Leser, wie soll das aussehen und was wird dabei herauskommen?

Tatsache ist doch, dass die Kenntnisse der jungen Generation über die Diktatur der SED und deren Unterdrückungsapparat namens Staatssicherheit geradezu erschreckend gering sind.

Wenn man dann immer wieder hört, es sei ja nicht so schlimm gewesen, oder wenn ältere Bürger erklären, „früher war alles besser“, so muss das ganz einfach nachdenklich stimmen. Weshalb kommt es denn nach zwei Jahrzehnten gerade zu

dieser Darstellung? Die Antwort ist einfach: Weil sich die Politik in den letzten Jahren mehr und mehr von den demokratischen Grundsätzen verabschiedet und die soziale Marktwirtschaft auf den Kopf gestellt hat. Viele von uns spüren die Folgen am eigenen Leib:



Norbert Schulze MdB

Arbeitslose, Hartz-IV-Empfänger, Geringverdiener oder in die Pleite getriebene mittelständische Unternehmen. Schuld sind eindeutig jene Machthabenden, die voll und ganz damit beschäftigt sind, ihre Macht unumkehrbar zu machen.

Genauso wie die Wahrheit hinsichtlich der Gegenwart verschwiegen oder geleugnet

wird, genauso wenig Interesse hat man sicher an einer wahrheitsgemäßen Aufklärung der Jugend in den Schulen über die 40-jährige verbrecherische SED-Politik.

Aus welchem Personenkreis soll denn die Erlebnisgeneration kommen? Aus dem Kreis der Täter oder der Opfer? Wir sind uns doch im Klaren darüber, dass die in Brandenburg mehr und mehr erstarkende, vielfach namensgeänderte SED nunmehr unter dem Namen „Die Linke“ nicht nur kein Interesse an der wahrheitsgemäßen Vergangenheitsaufklärung hat, sondern zu ihrer Machtübernahme oder zumindest Machtbeteiligung die Wahrheit nicht gebrauchen kann.

Deshalb ist die DVU-Fraktion im Landtag Brandenburg zu Recht sehr skeptisch, was eine umfassende und wahrheitsgetreue Aufklärung unserer Jugend hinsichtlich der deutschen Nachkriegsgeschichte betrifft.

Unser Fazit lautet: Es handelte sich vor 20 Jahren nicht um eine friedliche Revolution, sondern um einen unvollendeten, von Bundeskanzler Kohl mit leeren Versprechungen geglätteten Volksaufstand. Die Vollendung dürfte – so auch renommierte Experten – bei der gegenwärtigen politischen und wirtschaftlichen Entwicklung schon jetzt absehbar sein.

Informationsgutschein

- Ich möchte zu Veranstaltungen der DVU-Fraktion eingeladen werden.
- Bitte senden Sie mir kostenloses Informationsmaterial.
- Ich möchte die Fraktions-Nachrichten regelmäßig kostenlos erhalten.
(Zutreffendes bitte ankreuzen!)

Vorname _____ Name _____ Landkreis / kreisfreie Stadt _____

Straße _____ PLZ _____ Ort _____ Tel.: _____

(fn56) Bitte abtrennen und ausgefüllt einsenden an: DVU-Fraktion, Am Havelblick 8, 14473 Potsdam